

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 50 (1995)
Heft: 3

Artikel: Wie weiter nach dem 12. März?
Autor: Moser, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie weiter nach dem 12. März?

Ab Mitte der 80er Jahre wurden alle den Stimmberechtigten vorgelegten Agrarvorlagen abgelehnt. Die in den Abstimmungskämpfen um den Zucker- und Rebbaubeschluss sowie die Kleinbauerninitiative geäußerte Fundamentalkritik an der Landwirtschaft bewirkte, dass die Organisationen der Bio-Bauern mit ihrer in der Nachkriegszeit entwickelten Kritik an der offiziellen Agrarpolitik jeweils sehr zurückhaltend waren und sich weitgehend aus den Abstimmungskämpfen heraushielten. Das hatte sich im Vorfeld der Abstimmung vom 12. März geändert. Nicht zuletzt dank ihrem Engagement für ein 3faches Nein wurden die Vorlagen abgelehnt, und die Bio-Bauern und -Bäuerinnen sowie ihre Organisationen gehören jetzt auch zu den agrarpolitischen Siegern. In einer Demokratie – so lautet zumindest die Definition – bestimmt die Mehrheit. Das ist in der Agrarpolitik nicht grundsätzlich anders und die Behörden werden wohl nicht darum herum kommen, die im Abstimmungskampf von den Gegner/innen konkret erwähnten Anliegen wie die Deklarationspflicht in nächster Zeit im Grundsatz auch zu verankern. Schon weniger klar scheint hingegen, ob das auch für die grundlegenden Anliegen des Bio-Landbaus gelten wird.

Es sind vor allem zwei Punkte, die in dieser Hinsicht skeptisch stimmen: Erstens die Beobachtung, dass für einen grossen Teil der Nein-Sager vom 12. März für ihre Ablehnung ganz offensichtlich nicht die Parole «mehr Ökologie» ausschlaggebend war; und zweitens die historische Erfahrung, dass der Staat und die Politik, die die Ökologisierung der

Landwirtschaft nun organisieren und finanzieren sollten, diese Aufgabe in einer sonst fast in allen Bereichen nach zutiefst unökologischen Grundsätzen funktionierenden Gesellschaft gar nicht erfüllen können.

Siege in einer Volksabstimmung sind nur möglich, weil unterschiedliche Motive sich gegenseitig verstärken. Das war auch am 12. März so. Die Organisationen der Bio-Bauern haben ihre Nein-Parole hauptsächlich damit begründet, dass die vorgeschlagenen Massnahmen biologisch wirtschaftende Bauern und Bäuerinnen benachteiligen würden. Diese Ansicht teilte auch die Sozialdemokratische Partei, die den Nein-Stimmenden aber gleichzeitig versprach, bei einer Verwerfung würden die Nahrungsmittelpreise um weitere 40% sinken. Und die für die Vermarktung von Bio-Produkten wichtigste Handelskette erklärte vor und nach dem 12. März kategorisch, der Preis für biologisch produzierte Nahrungsmittel dürfe im Laden nicht mehr als 10-15% höher als derjenige konventionell hergestellter Produkte liegen. Dafür setzen sich sowohl Coop als auch die SP schon seit längerer Zeit dafür ein, dass die von ihnen verlangten Preisreduktionen mit Direktzahlungen aus der Bundeskasse für ökologisch wirtschaftende Produzenten ausgeglichen würden. Die Vertreter dieser Organisationen haben sich im Parlament dementsprechend für den Art. 31b des Landwirtschaftsgesetzes eingesetzt.

Dieses Engagement soll keineswegs in Frage gestellt werden. Das Problem ist vielmehr, ob dieser Weg einer Forcierung der ohnehin schon stattfindenden

Preissenkung für Nahrungsmittel zuletzt nicht gerade auf die Bio-Bauern und -Bäuerinnen zurückfallen wird, obwohl die Direktzahlungen für die Erbringung ökologischer Leistungen voraussichtlich noch steigen werden? Wer sich aktiv dafür einsetzt, dass die Kosten einer ökologischen Nahrungsmittelproduktion nicht von den Konsumenten, sondern vom Staat getragen werden, täte gut daran, sich einmal in Erinnerung zu rufen, weshalb die ersten Bio-Bauern sich von der offiziellen Agrarpolitik zu emanzipieren begannen. Es waren nicht nur ökologische Überlegungen, die die Bauernheimatbewegung zu diesem Schritt veranlassten, sondern vor allem die Einsicht, dass die offizielle Agrarpolitik mit ihrer Subventionspraxis die Verdrängung der Bauern weder aufhalten konnte noch wollte. Eine Gesellschaft, deren materieller Erfolg weitgehend auf der Tatsache beruht, dass die natürlichen Kreisläufe – die der biologische Landbau respektiert – in allen Bereichen durchbrochen werden, wird sich auf die Dauer so wenig für eine umfassende Ökologisierung in der Landwirtschaft einsetzen wie sich die wachsende Industriegesellschaft des 19./20. Jahrhunderts für eine vorindustrielle Bauernschaft engagierte.

Es wird argumentiert, dass eine ökologisch funktionierende Landwirtschaft sich durchsetzen werde, weil sie letztlich die Gesellschaft weniger kosten würde als die nach konventionellen Kriterien funktionierende Nahrungsmittelproduktion. Das ist – zumindest theoretisch – zwar richtig. Aber in der Praxis tragen diejenigen, die sich so vehement für tiefe Preise und hohe Direkt-

zahlungen im Agrarbereich einsetzen, selber nicht unwesentlich dazu bei, dass die Kenntnisse über die tatsächlich anfallenden Kosten noch mehr verschleiert werden. Wer sich für hohe Direktzahlungen stark macht, tut dies vordergründig zwar entweder aus Sorge um die bäuerlichen Einkommen oder aus Mitleid mit den Konsumenten. In Tat und Wahrheit aber hilft er vor allem vermeiden, dass die Frage nach dem Sinn der jeweiligen Produktion gestellt wird. Das ist bei den Nahrungsmitteln nicht anders als bei der Energie, deren Preis in den 50er Jahren von der allgemeinen Teuerung abgekoppelt wurde. (Bei den Nahrungsmitteln ist nur der hohe Verarbeitungsgrad dafür verantwortlich, dass die Preise etwas mehr gestiegen sind als diejenigen für die Energie.)

Es ist politisch jetzt opportun, sich für hohe Direktzahlungen einzusetzen; aber wer sich heute, wo die Kartoffeln billiger sind als Cheminéeholz und die Eier kaum mehr kosten als vor einem halben Jahrhundert, für Preissenkungen bei den Nahrungsmitteln engagiert, verhält sich nicht nur opportunistisch, sondern bindet ausgerechnet die Bio-Bauern und -Bäuerinnen immer mehr an den Bundestrog. Wenn jemand aus eigener Erfahrung weiss, dass das ein Holzweg ist, so sind es die im Biolandbau Tätigen, die sich vor bald 50 Jahren von diesem Bundestrog zu lösen begannen, weil sie zu realisieren begannen, dass sie die Wertefrage zusammen mit den Konsumenten und Konsumentinnen lösen müssen und nicht auf den Staat warten können. Und der Gegenstand, der letztlich den Wert einer Ware definiert, ist in unserer Gesellschaft immer noch der Preis. Die im Windschatten der Preise für konventionelle Nahrungsmittel sinkenden Preise für Bioprodukte sind deshalb weniger ein Segen als vielmehr ein Alarmzeichen, dass etwas schief läuft.

Peter Moser